



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des finances DFIN
Finanzdirektion FIND

Rue Joseph-Piller 13, 1701 Freiburg

T +41 26 305 31 01, F +41 26 305 31 10
www.fr.ch/find

Freiburg, 27. September 2012

Medienmitteilung

Voranschlag 2013

Finanzhaushalt stellt Kanton Freiburg vor grosse Herausforderungen

Die kontinuierliche Bedarfssteigerung - namentlich in Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum in unserem Kanton - und gleichzeitig stagnierende finanzielle Mittel machten die Aufstellung des Voranschlags 2013 zu einem schwierigen Unterfangen. Die ursprünglichen Budgetanträge mussten stark gekürzt werden. Zum ersten Mal seit Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung musste für einen ausgeglichenen Voranschlag, der für das Jahr 2013 um 2.4% höher ausfällt als für 2012, auf eine Eigenkapitalentnahme im Umfang von 38 Millionen Franken zurückgegriffen werden. Der Staatsrat schlägt ein gegenüber dem Voranschlag 2012 deutlich höheres Investitionsvolumen vor. So fallen die Nettoinvestitionen (zu Lasten des Staates) um rund 34 Millionen Franken höher aus (+ 28%). Der Staat kann dank der Ressourcen, die er im letzten Jahrzehnt bilden konnte, seine Verpflichtungen wahrnehmen. Die Entwicklung der wichtigsten Kennzahlen gibt jedoch Anlass zur Besorgnis: Der stark rückläufige Selbstfinanzierungsgrad, der Finanzierungsfehlbetrag von über 120 Millionen Franken und die über der gesetzlichen Obergrenze von 41% liegende kantonale Subventionsquote zwingen den Staatsrat zu Massnahmen, um den Finanzhaushalt langfristig im Gleichgewicht halten zu können.

Die Aufstellung des Voranschlags 2013 gestaltete sich schwierig. Den ursprünglichen Budgeterhöhungsanträgen zur Abdeckung der gestiegenen Bedürfnisse standen stagnierende Einnahmen gegenüber. Die Verdüsterung der Finanzperspektiven, die der Staatsrat bereits mehrmals angekündigt hat, bestätigt sich. Dank der getroffenen Massnahmen sowie der in den letzten Jahren gebildeten Ressourcen kann das verfassungsmässig vorgeschriebene Haushaltsgleichgewicht eingehalten und ein leichter Überschuss von 0,5 Millionen Franken ausgewiesen werden. Die Konsolidierung der bestehenden Aufgaben und die Entwicklung von Aufgaben, die aufgrund des starken Bevölkerungswachstums als vorrangig gelten müssen, können namentlich dank eines umfangreicheren Investitionsprogramms ebenfalls gesichert werden, wobei Sanierungsmassnahmen auf lange Frist jedoch unumgänglich sind.

1. Kontrastierende Gesamtergebnisse

Der Voranschlagsentwurf 2013 weist folgende Hauptergebnisse aus:

- > Ertragsüberschuss von einer halben Million Franken in der Erfolgsrechnung,
- > Nettoinvestitionsvolumen von 155 Millionen Franken, höher als im Voranschlag 2012 (120,7 Millionen Franken),
- > Selbstfinanzierungsgrad von 22,1 %, deutlich unter der «Norm», die bei 80% liegt,
- > Gesamtfinanzierungsfehlbetrag von 120,8 Millionen Franken,
- > Subventionsquote «kantonale Subventionen / kantonales Steueraufkommen», die mit 41,1% über der gesetzlichen Obergrenze von 41% liegt.

So ist die Erfolgsrechnung auf dem Papier zwar ausgeglichen, faktisch aber stehen die Kantonsfinanzen insgesamt auf eher wackligen Beinen, und alle Kennzahlen bestätigen die Notwendigkeit von Massnahmen, denn der Rückgriff auf das Eigenkapital ist nur punktuell möglich und muss die Ausnahme sein.

2. Ausgeglichebene Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag haben sich seit dem letzten Voranschlag wie folgt verändert:

Erfolgsrechnung	Voranschlags- entwurf 2013	Voranschlag 2012 berichtigt *	Veränderung 2012- 2013	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Ertrag	3204,4	3129,5	+ 74,9	+ 2,4
Aufwand	3203,9	3128,5	+ 75,4	+ 2,4
Ertragsüberschuss	+ 0,5	+ 1,0	– 0,5	– 50,0

* ohne Spitalnetze

3. Rückläufige Einnahmen aus den Kantonssteuern und dem eidgenössischen Ressourcenausgleich

Nach Sachgruppen entwickeln sich die verschiedenen Erträge wie folgt:

Ertrag der Erfolgsrechnung	Voranschlag 2013	Voranschlag 2012 berichtigt *	Veränderung 2012- 2013	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Fiskalertrag	1114,1	1124,3	– 10,2	– 0,9
Vermögenserträge, Entgelte	348,8	344,5	+ 4,3	+ 1,2
Transferertrag (wovon Finanzausgleich)	1600,8 (465,6)	1571,0 (475,0)	+ 29,8 (– 9,4)	+ 1,9 (– 2,0)
Spezialfinanzierungen	76,2	63,4	+ 12,8	+ 20,2
Interne Verrechnungen	26,5	26,3	+ 0,2	+ 0,8
Ausserordentlicher Ertrag	38,0	.	+ 38,0	.
Total	3204,4	3129,5	+ 74,9	+ 2,4

* ohne Spitalnetze

Die Entwicklungskurve der nicht zweckgebundenen Mittel wird 2013 deutlich sinken. Insgesamt gehen die Erträge aus den Kantonssteuern und dem eidgenössischen Finanzausgleichsmechanismus um knapp 20 Millionen Franken zurück, während sie noch in den letzten Rechnungsjahren (2008-2011) durchschnittlich um rund 75 Millionen Franken pro Jahr gestiegen waren. Diese plötzliche

Trendumkehr ist übrigens auch die Hauptursache des Budgeteinbruchs 2013 und auch der Grund für den Verzicht auf die ursprünglich geplante Steuersenkung im Umfang von 25 Millionen Franken.

Der höhere Transferertrag stammt aus mehreren Quellen, hauptsächlich aber aus unseren Anteilen an der DBST, der Verrechnungssteuer und der Schwerverkehrsabgabe (+10,4 Mio.), aus diversen Bundessubventionen (+12,2 Mio.) und mehreren Beiträgen in Zusammenhang mit der Kofinanzierung öffentlicher Aufgaben.

Bei den Spezialfinanzierungen wurde auf alle bestehenden Rückstellungen und Fonds zurückgegriffen. Insbesondere wurden erstmals 10,7 Millionen Franken aus dem Infrastrukturfonds entnommen, und zwar zur Deckung der Abschreibungen auf Neuinvestitionen vor allem im Bildungswesen und beim öffentlichen Verkehr.

Die so bereitgestellten zusätzlichen finanziellen Mittel erwiesen sich insgesamt jedoch als nicht ausreichend für die Finanzierung aller Aufgaben, die für das nächste Jahr vorgesehen waren. Damit der Fehlbetrag der Erfolgsrechnung gedeckt und ein ausgeglichener Haushalt erzielt werden konnte, musste in letzter Konsequenz eine ausserordentliche Eigenkapitalentnahme im Betrag von 38 Millionen Franken ins Auge gefasst werden.

4. Aufwandsenkungen auf allen Ebenen

Die Hauptaufwandkategorien des Staates entwickeln sich wie folgt:

Aufwand der Erfolgsrechnung	Voranschlags- entwurf 2013	Voranschlag 2012 berichtigt *	Veränderung 2012- 2013	
			Mio.	%
Personalaufwand	1174,0	1156,1	+ 17,9	+ 1,5
Sachaufwand	323,5	323,1	+ 0,4	+ 0,1
Transferaufwand	1517,5	1471,6	+ 45,9	+ 3,1
Abschreibungsaufwand	109,0	102,3	+ 6,7	+ 6,5
Finanzaufwand und Spezialfinanzierungen	53,4	49,1	+ 4,3	+ 8,8
Interne Verrechnungen	26,5	26,3	+ 0,2	+ 0,8
Total	3203,9	3128,5	+ 75,4	+ 2,4

* ohne Spitalnetze

Die Aufwandsentwicklung konnte insgesamt unter Kontrolle gebracht werden. Erhebliche Anstrengungen sind im Voranschlag 2013 diesbezüglich insbesondere zur Senkung des Sachaufwands unternommen worden, und zwar aufgrund fehlender finanzieller Mittel und im Hinblick auf eine Konsolidierung und einen beschränkten Ausbau der bestehenden Leistungen.

Gleiches gilt auch für den Personalaufwand, bei dem sich die Problematik auf die Frage der neuen Stellen fokussierte. Lediglich ein Drittel der beantragten Stellen wurden bewilligt. Von den rund

104 neuen Stellen, die geschaffen werden sollen, entfallen rund 62 auf das Bildungswesen und rund 17 kommen zum Personalbestand der Polizei hinzu. Mit der Nullinflation hielt sich ausserdem auch der Lohnsummenzuwachs in Grenzen, und die Gehaltserhöhungen beschränkten sich ebenfalls auf die gesetzlich vorgesehenen jährlichen Erhöhungen um jeweils eine Gehaltsstufe.

Der höhere Transferaufwand konzentriert sich vornehmlich auf die folgenden Bereiche: Sonderschulen (+ 2,1 Mio.), Arbeitslosenversicherung (+ 2,4 Mio.), Pflegeheime (+ 3,1 Mio.), AHV/IV-Ergänzungsleistungen (+ 5,2 Mio.), familienergänzende Betreuungsplätze (+ 2,5 Mio.), öffentlicher Verkehr (+ 4,5 Mio.). Der Finanzierungsaufwand für die Spitalnetze steigt von einem Voranschlagsjahr zum andern um 17 Millionen Franken.

Der Zunahme des Abschreibungsaufwands steht in direktem Zusammenhang mit dem steigenden Investitionsvolumen.

5. Umfangreiches Investitionsprogramm

Mit mehreren grossen Bauvorhaben, die voll in der Umsetzungsphase sind, steigt das Investitionsvolumen:

	Voranschlags- entwurf 2013	Voranschlag 2012	Veränderung 2012- 2013	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Bruttoinvestitionen	206,5	172,3	+ 34,2	+ 19,8
Nettoinvestitionen	155,0	120,7	+ 34,3	+ 28,4

Trotz der Schwierigkeiten wird der Staat also im kommenden Jahr viel mehr investieren als noch in diesem Jahr, gerade auch weil es aufgrund der 2012 festgestellten Rückstände bei gewissen Bau- oder anderen Vorhaben einige Kreditübertragungen geben wird.

Zu den wichtigsten Investitionsvorhaben zählen im Voranschlag 2013 der Bau des Kollegiums Gambach, die Arbeiten für die Universität, die Arbeiten am ehemaligen Gebäude des Autobahnamtes und am vereinigten Kantonsgericht, der Umbau des Gebäudes an der Route des Daillettes 6, Strassenarbeiten und insbesondere der Bau der Poyabrücke sowie die Realisierung des Polycom-Netzes. Dazu kommen die Investitionsbeiträge von Gemeinden oder Dritten in verschiedenen Bereichen im Umfang von rund 55 Millionen Franken.

6. Fazit

Bei der Aufstellung des Legislaturfinanzplans hat sich bestätigt, dass - wie in den vergangenen Jahren vom Staatsrat schon mehrmals vorausgesagt - mit düsteren finanziellen Aussichten zu rechnen ist. Das Bevölkerungswachstum zieht für unseren Kanton höhere Ausgaben nach sich. Die Auswirkungen der wiederholten Steuersenkungen und die rückläufigen Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich des Bundes machen sich auf der Einnahmenseite bemerkbar.

Der Umfang und der chronische Charakter des Ungleichgewichts machen umfassende strukturelle Massnahmen notwendig. Da die Ausarbeitung eines solchen Sanierungsprogramms jedoch Zeit

braucht, mussten für einen ausgeglichenen Haushalt 2013 kurzfristigere Lösungen gefunden werden.

So wurden unverzüglich erhebliche Anstrengungen unternommen, um Gegensteuer zu geben, was sehr schwierig, aber notwendig war. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies nicht ausreichte, um die stark verschlechterte Finanzlage wieder ins Lot zu bringen. Der Voranschlag 2013 der Erfolgsrechnung konnte schliesslich nur dank einer Eigenkapitalentnahme ausgeglichen werden.

Dies lässt sich aber nicht so ohne Weiteres wiederholen. Es müssen vielmehr strukturellere Lösungen gefunden werden, damit der verfassungsmässige Auftrag erfüllt werden kann und sich die Kantonsfinanzen nachhaltig sanieren lassen. Zur Verbesserung der kantonalen Finanzperspektiven, zur Gewährleistung der Qualität der staatlichen Leistungserbringung und zur Bewältigung der Herausforderungen, vor die uns das Bevölkerungswachstum in unserem Kanton stellt, ist ein Sanierungsprogramm unumgänglich.

Der Staatsrat hat die entsprechenden Arbeiten bereits in die Wege geleitet, und er will dem Grossen Rat innerhalb eines Jahres ein entsprechendes Programm überweisen.